

ELVIERA THIEDEMANN

Der mentale Mauerbau nach dem Mauerfall

Anfang der neunziger Jahre fand ich in einem Interview, das Jürgen Habermas der *Woche* gab, folgende treffende Einschätzung zum Einigungsvertrag:

Jener Vertrag, den Herr Schäuble in Gestalt des Herrn Krause mit sich selber abgeschlossen hatte, mußte als Ersatz dienen für einen Gesellschaftsvertrag, den die Bürger zweier Staaten miteinander hätten aushandeln müssen, um die Bedingungen zu kennen, unter denen man füreinander eintreten will.

Dieser Pakt wurde unter Mißachtung der verschiedensten Sachkompetenzen von genannten Herren zusammengezimmert – mit Bedacht im Eiltempo, wodurch der Bevölkerung in West und vor allem in Ost, die 1990 ohnehin mit vier verschiedenen Wahlen beschäftigt war, nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Zeit zum Nachdenken genommen wurde. Von einem Prozeß demokratischer Partizipation konnte also keine Rede sein.

Was als cleverer Schachzug erschien, provozierte bald die verschiedensten Problemlagen im Transformationsprozeß, deren Bewertung und mögliche Entspannung dazu zwingen, gedanklich zum Ausgangspunkt zurückzukehren: zur Wende im Herbst 1989, einschließlich einer Bestandsaufnahme wesentlicher Gemeinsamkeiten und Unterschiede, welche damals zwischen den Staaten und Gesellschaften der BRD und DDR zu verzeichnen waren, in der Euphorie der Wendezeit aber kaum eine Rolle spielten.

Meine erste These lautet: Nähert man sich gesellschaftlichen und politischen Parallelen zwischen den deutschen Teilgesellschaften, wie sie bis 1989 bestanden, fällt auf, daß diese nicht gerade progressiver Natur waren.

Denn *erstens* verharnte der DDR-Sozialismus auch nach seiner Konsolidierung weiter in paternalistischen Strukturen, die sich lediglich mit Inhalten füllten, die der bürgerlichen Gesellschaft entgegengesetzt waren.

Zweitens orientierten sich beide deutsche Staaten an Wachstums- und Fortschrittsideologien.

Drittens wurden auf beiden Seiten Feindbilder gepflegt.

Viertens galt Gewaltanwendung für die jeweils »richtige Sache« beiderseits als legitim.

Fünftens erlebte in Ost und West – als Tribut an den fortschreitenden Zivilisationsprozeß – die Mehrheit der Menschen eine *neue Entmündigung*, wie sie Alexander Mitscherlich für den Westen und Rudolf Bahro für den Osten beschrieb.

Elviera Thiedemann –
Jg. 1951, Lehrerin für
Kunsterziehung und Musik,
Mitarbeiterin der Arbeits-
gemeinschaft Betriebliche
Weiterbildungsforschung,
Vorstandmitglied des
Kautsky-Bernstein-
Kreises e.V.,
Veröffentlichungen: seit
1992 Mitarbeit an mehreren
Schulbüchern für den Verlag
Volk und Wissen; »Es kam
ein langer lichter Herbst« –
Tagebuch der Wendezeit
1989/90 (1999), »Die
Eleganz der Eseltreiber« –
Tagebuch der Wendezeit
1991 bis 1993 (erscheint in
diesem Jahr im trafo-Verlag)

Sechzens wurde der Arbeitsprozeß für die Mehrheit in beiden Gesellschaften – wenn auch aus unterschiedlichen Gründen – zu einem wesentlichen »Frustrationsmittel«, was zu einem Ausgleich durch stetig wachsenden Konsum drängte.

Siebzehntens wurden Friedens-, Öko- und Menschenrechtsbewegungen, die als Antwort auf die Herausforderungen globaler Entwicklungstendenzen entstanden, auf beiden Seiten ambivalent aufgenommen.

Achtens ähnelten sich die Haltungen gegenüber ausländischen Bürgern hinsichtlich der Einschätzung der Wertigkeit ihrer Kulturen.

Neunten war die gedankliche Verbindung von Demokratie und Wohlstandssicherung im Westen Deutschlands mit entsprechenden Versorgungsansprüchen nicht weit entfernt von der »Vater-Staat-Mentalität« im Osten.

Zehnten gab es Gemeinsamkeiten in der psychischen Struktur. Der Historiker und Publizist Erich Kuby spricht davon, daß das Selbstwertgefühl der Deutschen von zwei Konstanten geprägt werde: »Die eine reguliert die Vorstellungen, das Denken und Handeln der Bevölkerungsmehrheit, wenn sich diese vom Glück begünstigt und in Siegerlaune fühlt; Überheblichkeit, Fremdenhaß paaren sich in zynischer Verachtung für Recht, Freiheit, Gerechtigkeit, die nur als Schwächezeichen interpretiert werden. Die zweite Konstante tritt hervor als Feigheit, Verlogenheit, Kriechertum, politischer Gedächtnisschwund ... wenn es zur selbstverschuldeten Niederlage kommt.«

Daß die Ausbildung des Selbstwertgefühls sowie die Identitätsbildung als Deutsche/West bzw. Deutsche/Ost in all den Jahren der Teilung problematisch war, belegte auch eine kritische Äußerung des westdeutschen Historikers v. Thadden bereits einige Jahre vor der Wende: Die Mehrheit der Westdeutschen beziehe ihre Identität aus der D-Mark und die Mehrheit der Ostdeutschen aus Goldmedaillen.

Meine zweite These lautet: Im Gegensatz zu gesellschaftlichen und politischen Parallelen, die einen eher rückwärtsgewandten Charakter haben und daher wenig geeignet sind, eine *neue, gesamtdeutsche Identität* zu stiften, könnten vor allem die *Unterschiede* – wenn sie denn *produktiv gemacht würden* – diesen Beitrag leisten.

Ob man die Besitz- und Produktionsverhältnisse, die Rolle des Kapitals oder die Art und Weise der Rechtsprechung vor Augen hat; ob man eine dem Menschen angemessene Produktionsweise hinsichtlich des Tempos gesellschaftlicher Prozesse oder sozialer Sicherheiten in einer immer unsicherer werdenden Lebenswelt betrachtet; ob man die Stellung der Frau, der Jugend und der Senioren oder die Bedeutung der Familie, die Aufgaben des Erziehungssystems, die Rolle der Kirchen und der Medien untersucht: Welch ein Reichtum an Erfahrungen tut sich da auf!

Bisher waren die verschiedenen Enquetekommissionen jedoch damit beschäftigt nachzuweisen, daß es nirgendwo in der Ex-DDR Erfahrungen gibt, die eine Diskussion wert seien. Gleichzeitig klagt man Optionen notwendiger Entwicklungen ein, die im Osten schon einmal gelebt wurden.

Die Schwierigkeit, unbefangen über diese Unterschiede zu diskutieren, rührt auf beiden Seiten vor allem aus dem propagandistisch erzeugten Bild vom jeweils anderen System. Die Mehrheit der DDR-Bürger hatte ein positives Vorurteil über die Bundesrepublik, was aus mangelnder persönlicher Anschauung und Kenntnis der Realitäten dieser Gesellschaft resultierte. Medienberichte waren zwar fast überall zugänglich, wurden aber hinsichtlich sozialer Problemlagen individuell verharmlost oder ignoriert – unter dem Eindruck der Macht der D-Mark.

Die Mehrheit der Altbundesbürger wiederum pflegte ein Negativbild von allen kommunistischen Gesellschaften als ungebrochene Traditionslinie aus der Weimarer Republik und der NS-Zeit. Im Osten wurde der Erbfeind angesiedelt, an der Stelle Mitteldeutschlands befand sich ein weißer Fleck. Das Interesse an diesem Teil der Welt war gering. Ein hoher Prozentsatz der westdeutschen Bevölkerung brachte bei Begegnungen mit DDR-Bürgern (und nicht nur dort) seine Überlegenheit zum Ausdruck, die sich aus der ökonomischen Stärke der Bundesrepublik speiste.

Die beiderseitigen Vorurteile haben bei Entwicklungen in der Wendezeit eine nicht unwesentliche Rolle gespielt.

In den achtziger Jahren kam es zu einer politischen, ideologischen sowie ökonomisch-substantiellen Aushöhlung des Staates DDR. Dazu trugen die Aktivitäten der Widerständler, Dissidenten und Kirchenkreise ebenso bei wie die Unzufriedenheit und die zunehmende Verweigerungshaltung der Mehrheit der Bevölkerung, darunter einer nicht geringen Zahl von Trägern und ehemaligen Anhängern des Systems. Im Sommer/Herbst '89 trat auf Partei- und Regierungsseite ebenso wie auf seiten der Bevölkerung eine Situation der totalen Verunsicherung ein.

Die spürbare Ratlosigkeit auf Regierungsseite, die auch nach dem politischen Sommerloch nicht schwand, veranlaßte couragierte Teile der Bevölkerung zu testen, welche Zugeständnisse man dem krankhaft-geschwächten »Vater Staat« noch abringen konnte und welche eigenen Vorstellungen von einem gerechten, freiheitlichen Staatswesen bei dieser Gelegenheit durchzusetzen möglich wären.

Die politisch treibenden Kräfte dieser Bewegung wie NEUES FORUM und andere im Herbst 1989 gegründete Parteien und Organisationen drängten nach Selbstbestimmung und Erneuerung des sozialistischen Staates DDR und setzten dabei auf ihre eigene Gestaltungskraft – mit der Losung »Wir sind das Volk!«

Die sowjetischen und NVA-Panzer blieben während der sich im ganzen Land ausbreitenden Demonstrationen in ihren Standorten. Jeder konnte bald sicher sein, daß es kein Zusammenschießen der aufbegehrenden Bevölkerung mehr geben würde.

Doch die am 9. November '89 völlig unerwartet und unabgestimmt geöffnete Grenze schuf eine gänzlich neue Situation. Als sich im Verlaufe der Montagsdemonstrationen Kräfte aus dem politischen Untergrund formierten, schwarz-rot-goldene Fahnen mit dem Bundesadler und Reichskriegsflaggen auftauchten, wurde die Stimmung von Teilen der Bevölkerung politisch instrumentalisiert und in ganz andere Richtung gelenkt – jetzt unter der Losung »Wir

sind *ein Volk!*«, was Kanzler Kohl nach der Kundgebung vor der Dresdner Frauenkirche veranlaßte, »die Dinge zu beschleunigen«.

Im wahrsten Sinne des Wortes über Nacht war damit die Möglichkeit zur oberflächlichen Begutachtung des anderen deutschen Staates und vor allem für die Inbesitznahme der D-Mark geschaffen. Das erzeugte bei der Mehrheit der Ostdeutschen ein Gefühl der Erhöhung und des Sich-alles-leisten-könnens, das Reisen in fremde Länder eingeschlossen.

Nach der oft erfahrenen Minderbehandlung im befreundeten sozialistischen Ausland und dem dort beobachteten Kniefall vor den Westdeutschen eine mental durchaus verständliche Reaktion.

Das meinten auch jene Politiker auf beiden Seiten, die die Gunst der Stunde erkannt hatten und diese Befindlichkeit zu pflegen und zu füttern verstanden (Kohl, 1990: »Keinem wird es schlechter gehen, aber vielen besser!«).

Zudem schürten die Ärgernisse um die Entwicklung und Verstrickungen innerhalb der SED-PDS und die Tätigkeit der Übergangsregierung unter Hans Modrow immer wieder Mißtrauen. Da für die Mehrheit der Bevölkerung eine ständige Auseinandersetzung mit dem politischen Tagesgeschehen nicht erwartet werden kann und sich infolge der immer neuen täglichen Beunruhigungen ein verständliches Hoffen auf Stabilisierung und Verbesserung der Lebensbedingungen ausbreitete, siegte die geübte Gläubigkeit an den zuverlässigen »Vater Staat« – also auch in Gestalt von Herrn Kohl.

Das zeigte sich deutlich zur Volkskammerwahl am 18. März 1990.

Es ging der Mehrheit nicht mehr um eigene Konzepte und Ideen, als in Aussicht stand, daß andere nun für die Verbesserung ihres Lebensstandards sorgen würden. So büßten letztendlich alle die »Strafe« für die erzwungene kollektive Unmündigkeit.

Bei Politikern und der Bevölkerungsmehrheit im Westen hatte das stille Aufstehen ihrer »unterentwickelten« Brüder und Schwestern im Osten ein Gefühl des Erstaunens erzeugt, so, als wenn jemand eine besondere Leistung vollbringt, die man ihm aufgrund seines Entwicklungsstandes nicht zutraut hätte.

Zum Erstaunen gesellte sich jedoch zunächst Handlungsunfähigkeit, da man dem »Vorfall« noch nicht so recht traute. Erst als die CDU (West) die Initiative ergriffen hatte, die offenliegende politische Chance nicht verstreichen ließ, kamen auch andere Kräfte in Bewegung – dann allerdings mit einem nicht mehr zu verhindernden Zeit- und Einflußverlust.

Zwischenzeitlich feierten die Menschen im Westen mit ihren Verwandten aus dem Osten das langersehnte Wiedersehen und dachten wenig darüber nach, welche Konsequenzen die fieberhaften Aktivitäten ihrer Häuptlinge für den Westen haben könnten. Gleichzeitig summierte sich die Überlegenheit durch ökonomische Stärke mit politisch-ideologischer, vierzig Jahre lang auf der richtigen Seite gestanden zu haben, »Sieger« in der Systemauseinandersetzung geworden zu sein.

Das tat der verwundbaren deutschen Seele so gut, daß man darüber die bereits eingetretene Rezession vergessen konnte und sich zum größtenwahnsinnigen Versprechen aufschwang, die deutsche

Einheit aus der Portokasse bezahlen zu wollen. Die Hoffnungen der Deutschen/Ost waren damit unwiderruflich mobilisiert, aber die Unmündigkeit eines Großteils der Deutschen/West verhinderte einen massenhaften Aufschrei dagegen.

Kein gutes Omen für eine »Familienzusammenführung!«

Die Zustimmung zum »Einzug ins gemeinsame deutsche Haus« hatten die Ostdeutschen zwar gegeben, aber dabei gehofft, einige liebgewordene Gewohnheiten und Vorzüge mit hinüberretten zu können – als eine Art Zugewinn.

Doch dort standen die Bedingungen bereits fest, waren sie erprobtes, nicht mehr zu hinterfragendes Inventar.

Regulativ für alle Probleme und Lebenslagen wurde das Sparkassenbuch. Die Höhe der Beträge bestimmte über die Reihenfolge der Wortmeldungen am Familientisch.

Nun die bittere Erkenntnis der neu Aufgenommenen: sich in eine nächste Unmündigkeit begeben zu haben und darin auf nicht absehbare Zeit gefangen zu sein.

Aber auch die politische Unmündigkeit der anderen und deren Unfähigkeit zur Erkenntnis, sich selbst um notwendige Denkanstöße und Veränderungen zu bringen, die ihnen ohnehin nicht auf ewig erspart bleiben würden, komplettierten das »Familiendrama«.

Etwas weniger bildhaft gesprochen:

Führt man sich die Unterschiede zwischen beiden deutschen Staaten vor Augen, blieb den ehemaligen DDR-Bürgern nach der Vereinigung gemäß Paragraph 23 nichts, außer der Fristenlösung, der Null-Promille-Grenze und dem Grünen Pfeil, was ja inzwischen – wie bekannt – fast alles der Übergewichtigkeit westdeutscher Interessen zum Opfer fiel.

In den alten Bundesländern galten jedoch alle in vierzig Jahren entstandenen und angeeigneten Gesetzhelien und Gewohnheiten weiter fort. Fast alles blieb beim alten. Brüche in Biographien mußte es nicht zwangsläufig geben. Für »Spezialisten« dritter und vierter Garnitur eröffneten sich gar Chancen, im Osten zu werden, was sie im Westen nie hätten werden können.

Mit diesem Hinweis auf Nebenerscheinungen, die zu Hauptärgernissen wurden, soll jedoch keineswegs der Beitrag der unermüdlichen, ehrlichen und kompetenten Kollegen aus dem Westen geschmälert werden. Im Gegenteil, vor allem ihnen ist es zu danken, daß in den vergangenen zehn Jahren partiell auch vernünftige Entscheidungen zustande kamen, die längerfristige regionale Entwicklungen anregen.

Doch man stelle sich vor, es wäre den Westdeutschen diese Kulturleistung abverlangt worden, wie sie die Ostdeutschen erbringen mußten: innerhalb kürzester Zeit alle, ein Leben lang bekannten und gewohnten Gesetzhelien, dinglichen Bezeichnungen und Lebensarten zu »vergessen« und sich ihr ganzes Lebensinventar neu anzueignen.

Biographien, einschließlich erworbener Kompetenzen, wurden auf diese Weise millionenfach in Frage gestellt oder vernichtet. Für viele Ostdeutsche hat das neue Leben noch gar nicht wieder bzw. gar nicht mehr begonnen. Reaktion zahlreicher Westdeutscher: Ihr habt es doch so gewollt!

Zur nötigen Einsicht, daß diese Haltung noch auf sie selbst zurückfallen würde, gelangte die westdeutsche Mehrheit nicht. Und jetzt, da Industrielle und Politiker abwägen, ob Standort Ost oder Standort West zuerst in Konkurs geht, wird im Gerangel um Absatzmärkte und Arbeitsplätze die deutsche Einheit vor den eigenen Unverstand geschoben. Diese Konstellation entsolidarisiert – wo Solidarität doch dringend nötig wäre!

Zudem gewannen die Ostdeutschen inzwischen zwei entscheidende Erkenntnisse:

Erstens: Ohne Kapital und Besitz stößt man sehr schnell an die Grenzen der heißersehnten Freiheit.

Zweitens: Recht ist nicht gleichzusetzen mit Gerechtigkeit.

Mit den gesammelten Nach-Wende-Erfahrungen und einer nunmehr größeren Sensibilisierung für gesellschaftliche Problemlagen kehrte auch ein Stück Selbstbewußtsein zurück. Erst jetzt wurden sich viele ihrer ostdeutschen Identität bewußt, für die sie sich nicht mehr zu schämen gedenken. Denn inzwischen ist ihnen klar geworden, daß ein Teil der Parolen von maroden Städten, verseuchtem Trinkwasser, auf ewig zerstörten Landschaften, die sich heute schon stark relativiert anhören, Bestandteil einer vom Westen ausgehenden Kampagne waren, den Menschen im Osten ihr Lebenswerk unerträglich zu machen, um sich selbst – deren schamvolles Zurückweichen einkalkulierend – neues Terrain zu erobern.

Da dies in der Auseinandersetzung zwischen Ost und West die öffentlichkeitswirksamste Strategie blieb und zudem noch die Bereitschaft der Westdeutschen, etwas für die deutsche Einheit zu tun, in der Wendezeit leichtfertig verspielt wurde, konnte bisher nicht »zusammenwachsen, was zusammen gehört«, wie Willy Brandt es in der Wendezeit gehofft hatte.

Vielen Ostdeutschen wird jetzt bewußt, in welcher Weise ihre Gläubigkeit und ihr »guter Wille zum Wandel« für politische Zwecke mißbraucht wurden. Und sie fragen sich, warum in der innovationsfreudigen BRD-Gesellschaft ihre – in Zeiten des Mangels ausgeprägte – Kreativität nicht gebraucht wird. Warum ihre Schulbildung nicht gut genug sein soll, obwohl sie unzählige Male feststellten, daß ihnen andere nur in der Selbstdarstellung überlegen sind. Warum ihr Drang zu beruflicher Neuorientierung, ihre Flexibilität und Bereitschaft zu Mobilität ihnen kaum Chancen eröffnen, sich selbständig ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Warum man genossenschaftlich betriebene Landwirtschaft mit allen Mitteln zu unterbinden sucht, obwohl sie auch in anderen europäischen Staaten (z.B. in der Schweiz) erfolgreich betrieben wird. Oder ob das Leben wirklich lebenswerter ist, wenn jegliche personellen und dinglichen Werte von Geld diktiert sind. Und ob das heutige Demokratiespiel tatsächlich Partizipation gewährleistet oder ob nicht zunehmend eine unüberwindliche Macht von Kapitalinteressen die Vereinzelung – auch in politischen Aktivitäten – durch Aufspaltung relevanter Probleme erzwingt? In einem Prozeß, der allgemeine Fragen zu privaten stilisiert, die dann losgelöst von gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in Selbsthilfegruppen und Vereinen betrachtet werden sollen und damit zur Einflußminderung politischer Potenzen führt, da Prioritäten verlorengehen, dem

einzelnen aber das Gefühl suggeriert wird, er sei an der Gestaltung der großen Politik beteiligt.

Damit langt man bei der Sinnfrage aufklärerischer Positionen an; denn das Gefühl des Ausgeliefertseins an unberechenbare Mächte kombiniert mit den realen existentiellen Problemen, die einen immer größer werdenden Bevölkerungsteil – vor allem im Osten, aber auch im Westen – erfaßt, läßt das Dasein nicht unbedingt lebenswerter und freier erscheinen.

Sollte es etwa Zufall sein, daß sich ausgerechnet in diesem Stadium der kritischen Auseinandersetzung mit gelebtem Leben und den neuen Erfahrungen im Osten »Experten« wie Pfeiffer und Roethe in kontraproduktiver Weise zu Wort melden und sich dabei der Unterstützung einer Mehrheit der westdeutschen Teilgesellschaft sicher sein können? Wurde Roethes Print-Machwerk vielleicht nur zufällig von der EU gefördert?

Gesellschaftliche Umbruchssituationen bieten immer die Chance, neue Strukturen zu schaffen und neue Gedanken auf den Weg zu bringen. Diese Chance bestand auch 1989/90. Daß das westliche System in der Ost-West-Auseinandersetzung, vor allem im ökonomischen Bereich, um einige Klassen effizienter war, wird wohl nicht bezweifelt. Aber berechtigte Bedenken, ob das Effizientere auch gut sei, waren störend. Nur eine Minderheit unterzog sich im Westen der Mühe, gültige Normen und Gewohnheiten zu überprüfen. Mit dem auf westliche Weise deformierten Blick für Realitäten betrachtete die Mehrheit – voran die westdeutschen Eliten – den Osten als Vorstufe des Westens, der sich jenem anzunähern und ihn schließlich einzuholen habe. Die Bedingungen und Verschränkungen zwischen den deutschen Teilgesellschaften während der Zweistaatlichkeit blieben ein Öffentlichkeits-Tabu. Stattgefundene Entwicklungen und prägende Erfahrungen in den Ostländern wurden fast vollständig mißachtet, westliche Verfahrens- und Lebensweisen keinerlei kritischen Tauglichkeitsprüfung unterzogen. Man setzte auf den Markt. Aber dieser brachte in den neuen Bundesländern weder eine breite Mittelschicht hervor, noch konnte er ein Gefühl von Identität und Zugehörigkeit schaffen.

Schon rächt sich, daß es in der Wendezeit nicht zum Aushandeln eines Gesellschaftsvertrages kam, daß die Bevölkerung in Ost und West nicht im entferntesten darauf vorbereitet war, welche Probleme sich im Laufe des Prozesses der Wiedervereinigung möglicherweise einstellen könnten. Und wenn heute behauptet wird, es sei alles nicht absehbar gewesen, so stimmt das schlicht und einfach nicht. Es hat von unterschiedlichsten Seiten Warnungen gegeben, die aus purem Machtkalkül rigoros beiseite geschoben wurden.

Nun geht unter Politikern die Klage um, die Mauer in den Köpfen müsse beseitigt werden. Aber es wird alles dafür getan – mit tatkräftiger Unterstützung sehr einflußreicher Medien –, sie weiter zu befestigen. Die Ungleichbehandlung großer ostdeutscher Bevölkerungsgruppen vor dem Gesetz wird in weiten Teilen der westdeutschen Bevölkerung noch immer dahingehend akzeptiert, daß sie es ja 1945 selbst auch schwer gehabt hätten und sich alles erst nach und nach erarbeiten konnten. Man müsse eben Geduld haben. Vierzig Jahre inzwischen auch gelebten Lebens, Trümmer

wegräumen, Aufbau einer neuen Wirtschaft unter Embargobedingungen im Osten Deutschlands kommt in solchen Gedankengebäuden erst gar nicht vor. Alles ausgelöscht.

Still blieb und bleibt es um die Gewinne, die die Banken und Versicherungen sowie verschiedenste Glücksritter sich in Größenordnungen unter den Nagel rissen.

Laut war und ist es aber um die sogenannten »Alt-Schulden«, wofür die Ostdeutschen gefälligst gerade zu stehen haben.

Und überhaupt muß endlich das Jammern über all diese Dinge aufhören und vor allem das Arbeiten gelernt werden! Man habe nach dem Krieg ja auch »in die Hände gespuckt«. Und einen Marshall-Plan, wie die Osis immer denken, habe es eigentlich gar nicht gegeben. Alles selbst bezahlt, alles aus eigener Kraft! Hunderttausende Türken, Italiener, Griechen, Jugoslawen kamen rein zufällig in die Bundesrepublik, um zufällig jene Arbeit zu verrichten, die die Westdeutschen anfangs selbst nicht leisten konnten oder später nicht mehr selber leisten wollten.

Nachdem »Vater Staat« das neue Gräbenziehen geschehen ließ, stößt er nunmehr seine Kinder von der Brust, besonders seine »Stiefkinder«. Fragt man sich doch, warum er sie erst an sich gerissen hat. Es kann wohl nicht nur am »übermächtigen Willen« der Ostdeutschen gelegen haben. Das wäre das einzige Beispiel, daß sie als personelle Minderheit etwas erzwungen hätten!

Stand nicht vielleicht doch die Rolle eines Großdeutschland in Europa Pate bei der schnellen Entscheidung? Da die Quantität einer Bevölkerung ganz entschieden etwas mit der Qualität politischer Entwicklungen zu tun hat, ließe sich – ohne die Freude über die Normalisierung der Nachkriegsverhältnisse negieren zu wollen – zumindest vermuten, daß die DDR-Bevölkerung auch als Schubmasse zur Durchsetzung lang gehegter politischer Ziele gebraucht wurde, wofür man die lästigen Nebenerscheinungen der Vereinigung durchaus in Kauf nehmen wollte. Und das sind aus heutiger Sicht wohl vor allem die wehleidigen Menschen, die ewig nur fordern und keine Anstalten machen, sich für die Segnungen der deutschen Einheit dankbar zu erweisen.

Auf diesem »Humus« können gegenwärtig sogar Bücher gedeihen, die allen Ernstes verbreiten, man hätte die Osis – »eine ästhetische Zumutung und verdruckster Typ, der immer frecher sein häßliches Haupt erhebt« und den man »nicht mal mehr an die Russen« loswird – doch lieber zur Wendezeit »erschießen sollen« (lt. SPIEGEL 40/1999). Und niemand findet sich, der diese Autoren für die Verbreitung ihrer Ideologie zur Rechenschaft zieht!

Wirklich dramatisch kann die Situation aber erst noch werden – und zwar die gesamtdeutsche –, wenn aufgrund weiterer Verschlechterungen auf dem Arbeitsmarkt und im sozialen Bereich auch die Möglichkeiten individuellen Konsums abnehmen und nicht mehr ausreichen, die Menschen zu befrieden. Niemand weiß, wie stark die Demokratie dann – ohne die gewohnte Wohlstandssicherung – sein wird.

Eine solche Situation gebiert Veränderungen: entweder konstruktiver Art durch aktive Mitgestaltung von Prozessen oder destruktiver Art – in der wütenden Negierung der bestehenden

Existenzform, was sich in Haß- und Gewaltausbrüchen äußern und damit ein enormes gesamtgesellschaftliches Gefahrenpotential darstellen kann.

Mißt man die Intensität psycho-sozialer Kränkungen an den Kompensationsmöglichkeiten, erkennt man die zwingende Notwendigkeit, einen neuen Politikansatz zu formulieren und durchzusetzen, der sich nicht nur als »Konjunkturpsychologie« (wie E. Eppler es einmal nannte) versteht.

Dies ließe sich z. B. mittels der Modifizierung des Einigungsvertrages anstreben und mit der – im Grundgesetz 1949 formulierten – Ausarbeitung einer neuen Verfassung für das wiedervereinigte Deutschland verwirklichen, die die neuen Bedingungen ausreichend berücksichtigt; auch in Form einer kritischeren Distanz zu Fortschritt und Wachstum bei strukturpolitischen Entscheidungen, im Bekenntnis zur Bildung als investitionswürdigem Bereich und vor allem in der Einbeziehung von ostdeutschen Erfahrungen in den bundesdeutschen Alltag.

Erst wenn die Ungleichbehandlungen auf den verschiedensten Gebieten beendet werden, können die Deutschen Ost und West sich *gemeinsam* auf den Weg machen zu einer *neuen deutschen Identität*. Dann wird auch die *mentale Mauer* fallen und das zarte Pflänzchen einer *gemeinsamen politischen Kultur* Raum zu wachsen finden.